

Protokoll vom 03.03.2021

Ausschuss „SOZIALES, BILDUNG, JUGEND“ (Beirat Neustadt)

als öffentliche GoTo-Meeting-Videokonferenz (Nr. 04/19-23) von 18:30 Uhr bis 20:45 Uhr

Anwesend: Katrin Goralczyk, Ronald Gotthelf, Melanie Morawietz (i.V.), Johannes Osterkamp (ab 18:50 Uhr), Wolfgang Schnecking, Ramona Seeger
beratend: Merle Andersen (i.V.), Britta Schmidt

Fehlend: Dennis Altintas (e), Horst Kempe (e), Dennis Veentjer, Renee Wagner (e)

Gäste: Frau Barutcu (Amt für Soziale Dienste/AfSD), Frau Kramer (Umweltbetrieb Bremen/UBB, beide zu TOP 4); Herr Linker, Herr Tutar (Rat&Tat Zentrum, beide zu TOP 5);
Vertreter:innen von Schulen und interessierte Bürger:innen

Vorsitz: Annemarie Czichon

Protokoll: Mathias Reimann, beide Ortsamt Neustadt/Woltmershausen

TOP 1. Genehmigung der Tagesordnung

Beschluss: Die Tagesordnung wird genehmigt. (einstimmig)

TOP 2. Anliegen von Jugendlichen ./.

TOP 3. Berichte von Fachausschussmitgliedern und Aktuelles aus den Einrichtungen

Bericht vom Treffen mit den [Bremer Suppenengeln](#) zum Thema „Situation von Wohnungslosen im Stadtteil“ und mit Vertreter:innen des [Martinsclubs](#) zum Thema „Inklusion und Beiratsarbeit“.

Die Ausschussprecherin berichtet zudem von verschiedenen Aktionen des Ausschusses, die möglichst zeitnah fortgesetzt werden sollen (u.a. Besuch der im CA-vertretenen Träger und der Schulen).

Weiter weist sie auf die Gründung der [Jugendinitiative Neustadt](#) hin.

Mehrere Schulleitungen berichten von den pandemiebedingten Einschränkungen im Schulbetrieb.

Sie heben positiv heraus, dass zusätzliche Stellen für Schulsozialarbeiter:innen geschaffen und erfolgreich besetzt wurden.

Der Schulleiter der Oberschule am Leibnizplatz berichtet, dass die Schule eine Expansion „auf die andere Weserseite“ plant und bereits eine Immobilie im Auge hat.

TOP 4. Vorstellungen der Planungen für den Spielplatz in den Neustadtwallanlagen

Die Vertreterin des AfSD führt kurz in das Thema ein und äußert ihr Bedauern darüber, dass die Sanierung des Spielplatzes nun sehr viel später erfolge als ursprünglich geplant. Ursächlich dafür seien die festgestellten Bodenverunreinigungen und damit erforderlich gewordenen Änderungen in der Planung.

Die Vertreterin des UBB stellt Prozess und Sachstand der Planung anhand [einer Präsentation](#) vor.

Rückfragen aus dem Ausschuss beziehen sich insbesondere auf die barrierefreie Nutzbarkeit des Spielplatzes und eventuelle Restrisiken wegen der Bodenbelastung. Außerdem wird die Schaffung eines Trinkwasserbrunnens angeregt.

Die Vertreterin von UBB erläutert, dass bereits auf ein hohes Maß an barrierefreier Nutzungsmöglichkeit geachtet wurde, nimmt den Hinweis jedoch gerne auf und sagt eine weitere Prüfung – insbesondere im Bereich der Spielelemente – zu.

Zur Bodenbelastung stellt sie klar, es kein erhöhtes Gesundheitsrisiko gibt – die Bodenarbeiten würden deutlich über das erforderliche Maß hinausgehen und würden eher vorsorglich durchgeführt. Die Sicherheit der Nutzer:innen sei gewährleistet.

Der Ausschuss bedankt sich für die Vorstellungen und sieht einer erneuten Beteiligung im Rahmen des TÖB-Verfahrens (voraussichtlich im Sommer 2021) entgegen.

TOP 5. Befassung des [Antrages für die Schaffung von Räumen für queere Geflüchtete](#) (aus Beirat 18.02.21)

Die Vertreter des [Rat&Tat-Zentrums](#) erläutern kurz das dortige – deutschlandweit einzigartige - Angebot, welches sich insbesondere an queere Geflüchtete richte. Es bestehe eine große Nachfrage, was auch darauf zurückzuführen sei, dass das Queer-sein oft auch Fluchtursache sei.

In der Vergangenheit wurde das Angebot aus verschiedensten Projekt-Fördertöpfen (u.a. Mittel der europäischen Union) finanziert, aus denen eine weitere Förderung nun nicht mehr möglich ist. Trotz der Ankündigung aus dem Koalitionsvertrag besteht keine finanzielle Planungssicherheit. Derzeit ist eine Aufrechterhaltung des Angebotes nur durch Spenden möglich.

Die Finanzierungslücke wird mit etwa 50.000 € jährlich (für eine Fachkraft mit 32 Stunden/Woche) beziffert. Perspektivisch würde sich das Zentrum zudem einen Umzug in barrierefreie Räume wünschen, was aufgrund der höheren Kosten jedoch aktuell nicht umsetzbar sei.

Die Ausschussmitglieder bedanken sich für die Schilderung der Situation und kommen nach kurzer Beratung zu dem Ergebnis, dass der vorliegende Antrag um einen Haushaltsantrag ergänzt werden sollte, um eine finanzielle Absicherung im Doppelhaushalt 2022/23 zu unterstützen. Aufgrund der bremenweiten Bedeutung des Projektes soll der Antrag zudem an weitere Beiräte weitergeleitet werden.

TOP 6. Berichte des Amtes ./.

TOP 7. Genehmigung des Sitzungsprotokolls vom 03.03.2020 (Nr.03/19-23)

Beschluss: Der Protokollentwurf wird genehmigt (einstimmig bei einer Enthaltung)

TOP 8. Verschiedenes ./.

Ramona Seeger
Ausschusssprecherin

Annemarie Czichon
Sitzungsleitung

Mathias Reimann
Protokollführung